

Vergabeverfahren Patientenportal der Ilm-Kreis-Kliniken Arnstadt – Ilmenau gGmbH

nationales Verfahren

Stand: 30.05.2025

Formblätter für das Angebot

– als Angebot, zusammen mit dem Preisblatt sowie den Vertragsunterlagen des Bieters und ggf. weiteren Unterlagen, einzureichen –

Hinweise: Das Angebot ist von den Bietern, die vom Auftraggeber individuell zur Angebotsabgabe aufgefordert wurden, fristgerecht ausschließlich über die vom Auftraggeber verwendete Vergabepattform einzureichen (maßgeblich für Fristeinholung ist das vollständige Hochladen auf der Plattform)!

Teil A: Formblatt Eignung (Anlage 1 zum Vertrag)

Der Bieter/die Bietergemeinschaft macht folgende Angaben und gibt folgende Erklärungen ab:

I. Erklärung des Bieters zum Angebot

Mein/Unser Angebot umfasst die vorliegenden Unterlagen zur Angebotsabgabe einschl. aller Anlagen, vollständig, an allen vorgesehenen Stellen vollständig ausgefüllt und unterzeichnet, sowie die weiteren in den Unterlagen zur Angebotsabgabe geforderten Nachweise/Bescheinigungen.

Ich/Wir erkläre(n), dass alle Angaben in meinem/unserem Angebot zutreffend sind und ich/wir zur Erbringung der in der Bekanntmachung bezeichneten Leistung geeignet bin, ggf. unter Hinzuziehung von Kenntnissen, Fähigkeiten, Ressourcen o. a. Mitteln des/der im ausgefüllten Teil B genannten Dritten.

Dem Angebot liegen die Anforderungen und Informationen der Unterlagen zum Angebotsabgabe zugrunde. Ich/Wir habe(n) diese Anforderungen und Informationen vollständig gelesen und verstanden. Ich/Wir gebe(n) dieses Angebot zu den in diesen Unterlagen genannten Bedingungen ab und erfüllen vollständig die darin gestellten Anforderungen.

Die vorgegebenen Formblätter habe(n) ich/wir nicht verändert oder – außer an den dafür vorgesehenen Stellen – ergänzt.

Das Angebot enthält keine weiteren Maßgaben oder Einschränkungen über die in diesem Schreiben sowie den Formblättern gemachten Angaben hinaus. Mir/Uns ist bewusst, dass widersprüchliche Angaben oder wissentlich falsche Erklärungen zur Nichtberücksichtigung des Angebotes führen können.

Die Mitglieder unserer Bietergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch (*gilt nur bei Bietergemeinschaften*).

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die von mir/uns mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren gespeichert und verarbeitet werden und insbesondere entsprechend den vergaberechtlichen Bestimmungen nicht berücksichtigten Bietern/Bietern der Name des erfolgreichen Bieters und unter bestimmten Voraussetzungen die Merkmale und Vorteile von dessen Angebot mitgeteilt wird/werden. Erforderliche Einwilligungen von Dritten liegen vor und können von uns auf Anforderung des Auftraggebers belegt werden.

Die einfache digitale Signatur für alle Erklärungen im Rahmen dieser Formblätter und des Angebotes im Übrigen leiste(n) ich/wir auf der letzten Seite (Teil C).

II. Angaben zum Bieter / zur Bietergemeinschaft

1. Angaben zur (juristischen) Person / den (juristischen) Personen

Angaben zum Bieter (bei Einzelbieter):	
Vollständiger Firmenname:	
Anschrift:	
Der Bieter ist ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU, < 250 Beschäftigte und max. 50. Mio. Jahresumsatz bzw. max. EUR 43 Mio. Bilanzsumme	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

Angaben zur Bietergemeinschaft (bei Bietergemeinschaften):	
Mitglied 1 der Bietergemeinschaft:	
Vollständiger Firmenname Mitglied 1 der Bietergemeinschaft:	
Anschrift:	
Das Mitglied ist ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU, < 250 Beschäftigte und max. 50. Mio. Jahresumsatz bzw. max. EUR 43 Mio. Bilanzsumme	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Mitglied 2 der Bietergemeinschaft:	
Vollständiger Firmenname Mitglied 2 der Bietergemeinschaft:	
Anschrift:	
Das Mitglied ist ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU, < 250 Beschäftigte und max. 50. Mio. Jahresumsatz bzw. max. EUR 43 Mio. Bilanzsumme	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Mitglied 3 der Bietergemeinschaft:	
Vollständiger Firmenname Mitglied 3 der Bietergemeinschaft:	
Anschrift:	
Das Mitglied ist ein kleines oder mittleres Unternehmen (KMU, < 250 Beschäftigte und max. 50. Mio. Jahresumsatz bzw. max. EUR 43 Mio. Bilanzsumme	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

2. Verbindliche Kontaktdaten (für den Bieter bzw. einheitlich für die Bietergemeinschaft)

Ansprechpartner (Name Einzelperson)	
Unternehmen, Adresse	
Telefax	
E-Mail	

3. Rechtsform der Bietergemeinschaft (nur bei Bietergemeinschaften)

Die Bietergemeinschaft hat derzeit folgende Rechtsform:	
Während der Leistungserbringung ist für die Bietergemeinschaft folgende Rechtsform geplant:	

Hinweise des Auftraggebers:

- Falls die Bietergemeinschaft mehr als drei Mitglieder hat, bitte für weitere Mitglieder die Tabelle elektronisch kopieren oder Beiblatt verwenden und darauf alle Angaben für die weiteren Mitglieder der Bietergemeinschaft wie vorstehend machen!
- Die geforderte Angabe zur Rechtsform der Bietergemeinschaft meint nicht die Rechtsform der Mitglieder der Bietergemeinschaft, sondern die Rechtsform, in der sich die Mitglieder der Bietergemeinschaft miteinander für diesen Auftrag zusammengeschlossen haben/zusammenschließen werden.

III. Allgemeine Eigenerklärung zur Eignung für

(bei Bietergemeinschaften: Bitte Erklärung kopieren und hier jeweiliges Mitglied eintragen, vgl. auch nachfolgenden Hinweis)

1. Der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) erklärt, dass keine Person, deren Verhalten seinem Unternehmen zuzurechnen ist, nach den folgenden Tatbeständen rechtskräftig verurteilt oder gegen sein Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach
 - a) § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - b) § 89c des StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des StGB zu begehen,
 - c) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - d) § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - e) § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - f) § 299 des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - g) § 108e des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - h) den §§ 333 und 334 des StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - j) den §§ 232 und 233 des StGB (Menschenhandel) oder § 233a des StGB (Förderung des Menschenhandels).
 - k) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Vorgenannten stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
2. Der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) erklärt zudem, dass
 - a) sein Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - b) sein Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen seines Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt

oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich sein Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, falls ein rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan vorliegt, fügt der Bieter diesen dem Angebot bei,

- c) sein Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- d) sein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- e) sein Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- f) sein Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien zu keinem Zeitpunkt eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- g) sein Unternehmen zu keinem Zeitpunkt versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- h) sein Unternehmen keinen Verstoß gegen die Regelungen des Arbeitnehmerentendegesetzes, des Aufenthaltsgesetzes, des Mindestlohngesetzes und des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes begangen hat.

3. Der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) erklärt zudem, dass

- a) er die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der Leistung selbst erfüllt ODER durch Dritte, wobei er dies auf einem **Beiblatt** erläutert, falls er diese Voraussetzungen nicht selbst erfüllt,
- b) er Mitarbeitern oder Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers und der Vergabestelle keine Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat,
- c) er unverzüglich weitere gewünschte Angaben machen bzw. Nachweise vorlegen wird, falls der Auftraggeber Rückfragen oder weiteren Klärungsbedarf, insbesondere zu meiner/unserer Eignung, äußert oder Erläuterungen oder Nachweise wünscht (z. B. die Bescheinigung eines Sozialversicherungsträgers, einen Gewerbezentralregister- oder Handelsregisterauszug oder eine Bankerklärung),
- d) er über eine gültige Haftpflichtversicherung verfügt, wonach der Bieter bzw. alle Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie Nachunternehmer in angemessener Höhe und Abdeckung versichert ist/sind, Vorlage max. 14 Tage nach Zuschlag, Sachschäden mind. 5 Mio. EUR, Personenschäden mind. 10 Mio. EUR, sonstige Vermögensschäden 0,5 Mio. EUR, ODER er hiermit verbindlich zusichert, dass er im Falle der Beauftragung eine entsprechende Erhöhung der genannten Haftungssummen bzw. der Abschluss einer entsprechenden Versicherung vornimmt,

- e) er nicht zu einer Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist ODER er in einem Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist, und zwar unter der Nummer

bei folgendem Register (Bezeichnung, Ort):

und

- f) er den Auftraggeber unverzüglich informiere(n) und gegebenenfalls aktualisierte Eigenerklärungen sowie ggf. Nachweise abgeben werde(n), falls sich während des weiteren Verfahrens (vor oder nach Angebotsabgabe) Änderungen an den von ihm vorstehend erklärten Sachverhalten oder anderen für ihn erkennbar relevanten Voraussetzungen für eine Zuschlagserteilung ergeben.

Hinweise des Auftraggebers:

- *Sofern der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) in der Vergangenheit Verstöße gegen Vorschriften begangen hat, die insbesondere gegen die Gesetzestreue und Zuverlässigkeit sprechen, mittlerweile jedoch geeignete Maßnahmen zur sog. Selbstreinigung im Sinne des § 125 GWB getroffen hat, so hat der Bieter (bzw. das Mitglied der Bietergemeinschaft) die Nachweise **gemeinsam mit** dem Angebot einzureichen.*
- *Sind zu dem jeweiligen Punkt keine Erklärungen/Nachweise in dem vorgegebenen Feld bzw. auf einem Beiblatt beigefügt, gilt jeweils die Erklärung bis zum Wort „ODER“ (in Großbuchstaben) als abgegeben.*
- *Bei Bietergemeinschaften ist diese Erklärung von jedem Mitglied gesondert auszufüllen und zu digital zu signieren; der Abschnitt kann dafür elektronisch kopiert und als ergänzende Seiten in das WORD-Dokument eingefügt.*

IV. Angaben zum Umsatz

(bei Bietergemeinschaften Erklärung kopieren und hier jeweiliges Mitglied eintragen, vgl. auch nachfolgenden Hinweis)

Jahr	Umsatz	
	Umsatz allgemein (netto)	Umsatz mit vergleichbaren Aufträgen für Klinikausstattung / Medikationsplänen (netto)
2022		
2023		
2024		

Der Bieter verpflichtet sich, auf Anforderung des Auftraggebers unverzüglich Bilanzen oder Bilanzauszüge des Bieters für die beiden letzten Geschäftsjahre vorzulegen, falls deren Veröffentlichung nach dem Gesellschaftsrecht des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, vorgeschrieben ist.

Der Bieter macht folgende Angaben zur Dauer des jeweiligen Geschäftsjahres (falls nicht mit Kalenderjahr identisch), für das die vorstehenden Angaben gemacht wurden, sowie zum Beginn der Geschäftstätigkeit (bei Aufnahme der Geschäftstätigkeit nach 2018):

Hinweise des Auftraggebers: Bei Bietergemeinschaften ist diese Erklärung von jedem Mitglied gesondert auszufüllen und digital zu signieren; der Abschnitt kann dafür elektronisch kopiert und als ergänzende Seiten in das WORD-Dokument eingefügt werden.

Bitte geben Sie nur die Umsätze des Unternehmens an, das selbst Bieter oder Mitglied der Bietergemeinschaft ist. Falls Sie sich hinsichtlich der wirtschaftlichen/finanziellen Leistungsfähigkeit auf ein anderes Unternehmen berufen möchten, legen Sie dies bitte unter Ziff. VI. dar.

V. Referenzen des Bieters

In der nachfolgenden Tabelle sind **mindestens drei Referenzen aus den letzten drei Jahren, die jeweils im vergleichbaren Umfang mit einem entsprechenden Patientenportal beliefert wurden**, anzugeben. Sofern sich die Vergleichbarkeit nicht bereits aus der Bezeichnung des Auftraggebers und des Auftrages ergibt, muss dies unter „Angaben zur Vergleichbarkeit“ erläutert werden. Für weitere Referenzen kann die Vorlage elektronisch kopiert und als ergänzende Seiten in das WORD-Dokument eingefügt werden (bitte Nummerierung entsprechend fortführen).

Verfügt der Bieter über mehrere Niederlassungen, so muss sich die Referenz auf die Niederlassung beziehen, die den Auftrag ausführen soll.

Der Bieter erklärt sich durch Angabe der Referenzen mit einer Nachfrage des Auftraggebers bei den jeweiligen Referenzbeauftragten ohne seine gesonderte Zustimmung einverstanden. Die Referenzen sind auf Anforderung durch eine Bescheinigung des Referenzbeauftragten zu belegen, die Vorlage einer Bescheinigung anstelle des vollständig ausgefüllten Formulars genügt jedoch nicht.

Falls der Bieter keine eigenen Referenzen, sondern Referenzen anderer Unternehmen nennt, muss er unter „Bemerkungen“ erläutern, warum er sich auf die Referenz berufen kann. Dies gilt auch für Referenzen von Konzernunternehmen/Unternehmen, mit denen der Bieter gesellschaftsrechtlich verbunden ist.

Die Felder können durch Ausfüllen erweitert werden.

Wenn nicht alle geforderten Felder zu einer Referenz ausgefüllt werden, kann die Referenz mangels Überprüfbarkeit nicht berücksichtigt werden.

Referenz 1
<i>Referenzbeauftragter (voller Name) und Art des Auftraggebers, z. B. Klinik in öffentlicher Trägerschaft:</i>

<i>Bettenanzahl Referenzbeauftragter:</i> _____
<i>Art und Umfang der Leistungen für Referenzbeauftragter:</i>

<i>Zeitpunkt/Zeitraum der Leistungserbringung:</i>

<i>Ansprechpartner beim Referenzbeauftragter:</i> _____
<i>Telefon-Nr., Fax und/oder E-Mail Ansprechpartner:</i> _____

Referenz 2
<p><i>Referenzbeauftragter (voller Name) und Art des Auftraggebers, z. B. Klinik in öffentlicher Trägerschaft:</i></p> <hr/>
<p><i>Bettenanzahl Referenzbeauftragter: _____</i></p>
<p><i>Art und Umfang der Leistungen für Referenzbeauftragter:</i></p> <hr/> <hr/> <hr/>
<p><i>Zeitpunkt/Zeitraum der Leistungserbringung:</i></p> <hr/>
<p><i>Ansprechpartner beim Referenzbeauftragter: _____</i></p>
<p><i>Telefon-Nr., Fax und/oder E-Mail Ansprechpartner: _____</i></p>

Referenz 3
<p><i>Referenzbeauftragter (voller Name) und Art des Auftraggebers, z. B. Klinik in öffentlicher Trägerschaft:</i></p> <hr/>
<p><i>Bettenanzahl Referenzbeauftragter: _____</i></p>
<p><i>Art und Umfang der Leistungen für Referenzbeauftragter:</i></p> <hr/> <hr/> <hr/>
<p><i>Zeitpunkt/Zeitraum der Leistungserbringung:</i></p> <hr/>
<p><i>Ansprechpartner beim Referenzbeauftragter: _____</i></p>
<p><i>Telefon-Nr., Fax und/oder E-Mail Ansprechpartner: _____</i></p>



Referenz 4

Referenzbeauftragter (voller Name) und Art des Auftraggebers, z. B. Klinik in öffentlicher Trägerschaft:

Bettenanzahl Referenzbeauftragter: _____

Art und Umfang der Leistungen für Referenzbeauftragter:

Zeitpunkt/Zeitraum der Leistungserbringung:

Ansprechpartner beim Referenzbeauftragter: _____

Telefon-Nr., Fax und/oder E-Mail Ansprechpartner: _____

VII. Berufung auf Nachunternehmer/Dritte für Zwecke der Eignung

Der Bieter/die Bietergemeinschaft erklärt, dass er sich hinsichtlich seiner Eignung für dieses Projekt auf Kenntnisse, Fähigkeiten, Ressourcen o. a. Mittel Dritter beruft.

Auf Verlangen der Vergabestelle bzw. des Auftraggebers wird der Bieter/die Bietergemeinschaft unverzüglich

- die Verpflichtungserklärung(en) für wesentliche Teilleistungen auf der Vorlage des Formblatts Verpflichtungserklärung des Dritten (Teil B der vorliegenden Formblätter, Anhang/Anhänge zu Anlage 1 zu einem späteren Vertrag, eine Erklärung je Drittem) dazu vorlegen, dass mir/uns die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zur Verfügung stehen, und
- für Unternehmen, die nach ihrem Umfang und/oder ihrer Bedeutung wesentliche Leistungsteile erbringen sollen, entsprechende Erklärungen und auf Anforderung Nachweise zur Eignung, wie sie in diesen Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb gefordert sind.

Leistungsbereich sowie Name und Adresse des Dritten	Art und Weise der Einbindung des Dritten (z. B. Nachunternehmer)

Hinweise des Auftraggebers: Bitte vollständig und mit möglichst genauen Angaben ausfüllen, falls anwendbar.

VIII. Scientology-Schutzerklärung

1. Erklärung im Vergabeverfahren:

Der Bieter nimmt zur Kenntnis, dass die Nichtabgabe der Erklärung nach Nummer 2 oder die Abgabe einer wesentlich falschen Erklärung den Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat.

2. Erklärung für den Fall der Zuschlagserteilung:

2.1 Der Bieter versichert,

- dass er gegenwärtig sowie während der gesamten Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard nicht anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet, er keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht und Beschäftigte oder sonst zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen keine Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen lässt;
- dass nach seiner Kenntnis keine der zur Erfüllung des Vertrags eingesetzten Personen die Technologie von L. Ron Hubbard anwendet, lehrt oder in sonstiger Weise verbreitet oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besucht.

2.2 Der Bieter verpflichtet sich, solche zur Erfüllung des Vertrags eingesetzte Personen von der weiteren Durchführung des Vertrags unverzüglich auszuschließen, die während der Vertragsdauer die Technologie von L. Ron Hubbard anwenden, lehren, in sonstiger Weise verbreiten oder Kurse oder Seminare nach dieser Technologie besuchen.

2.3 Die Abgabe einer wesentlich falschen Erklärung nach Nummer 2.1 sowie ein Verstoß gegen die Verpflichtung nach Nummer 2.2 berechtigen den Auftraggeber zur Kündigung aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist. Weitergehende Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

Teil B: Formblatt Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Dritte (Anhang/Anhänge zu Anlage 1)

Hinweis des Auftraggebers: Dieses Formblatt ist auf Aufforderung des Auftraggebers von dem vorgesehenen Nachunternehmer auszufüllen (alle hellgrau unterlegten Felder) und bis zum Ablauf der mit der Aufforderung vorgegebenen Frist einzureichen.

Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers/Dritten

**im Vergabeverfahren Switches
 der Ilm-Kreis-Kliniken
 (nationales Verfahren)**

I. Name des Bieters, auf den sich die Erklärung bezieht:

--

II. Angaben zum Nachunternehmer/Dritten:

Vollständiger Name / Firmenname	
Anschrift	
Telefonnummer	
Faxnummer	
E-Mail Adresse	

III. Angaben zum vorgesehenen Leistungsbereich sowie zur Art und Weise der Einbindung des Nachunternehmers/Dritten:

(insbesondere möglichst genaue Beschreibung von Art und Umfang der Leistung des Nachunternehmers/Dritten):

IV. Eigenerklärung des Nachunternehmers/Dritten zu seiner Eignung

1. Der Nachunternehmer/Dritte erklärt, dass keine Person, deren Verhalten seinem Unternehmen zuzurechnen ist, nach den folgenden Tatbeständen rechtskräftig verurteilt oder gegen sein Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach
 - a) § 129 des Strafgesetzbuches (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 - b) § 89c des StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des StGB zu begehen,
 - c) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 - d) § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - e) § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der EG oder gegen Haushalte richtet, die von der EG oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 - f) § 299 des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 - g) § 108e des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 - h) den §§ 333 und 334 des StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
 - i) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
 - j) den §§ 232 und 233 des StGB (Menschenhandel) oder § 233a des StGB (Förderung des Menschenhandels).
 - k) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Vorgenannten stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
2. Der Nachunternehmer/Dritte erklärt zudem, dass

- a) sein Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- b) sein Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen seines Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich sein Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat, falls ein rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan vorliegt, wird dieser dem Angebot beigelegt,
- c) sein Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- d) sein Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- e) sein Unternehmen nicht eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- f) sein Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien zu keinem Zeitpunkt eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- g) sein Unternehmen zu keinem Zeitpunkt versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- h) sein Unternehmen keinen Verstoß gegen die Regelungen des Arbeitnehmerentendegesetzes, des Aufenthaltsgesetzes, des Mindestlohngesetzes und des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes begangen hat.

3. Der Nachunternehmer/Dritte erklärt zudem, dass

- a) er die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der Leistung selbst erfüllt ODER durch Dritte, wobei er dies auf einem **Beiblatt** erläutert, falls er diese Voraussetzungen nicht selbst erfüllt,
- b) er Mitarbeitern oder Erfüllungsgehilfen des Auftraggebers und der Vergabestelle keine Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat,
- c) er unverzüglich weitere gewünschte Angaben machen bzw. Nachweise vorlegen wird, falls der Auftraggeber Rückfragen oder weiteren Klärungsbedarf, insbesondere zu meiner/unserer Eignung, äußert oder Erläuterungen oder Nachweise wünscht (z. B. die Bescheinigung eines Sozialversicherungsträgers, einen Gewerbezentralregister- oder Handelsregisterauszug oder eine Bankerklärung),
- d) er über eine gültige Haftpflichtversicherung verfügt, wonach der Nachunternehmer/Dritte sowie seine Nachunternehmer in angemessener Höhe und Abdeckung versichert ist/sind, Vorlage max. 14 Tage nach Zuschlag, Sachschäden mind. 5 Mio. EUR, Personenschäden mind. 10 Mio. EUR, sonstige Vermögensschäden

0,5 Mio. EUR, ODER er hiermit verbindlich zusichert, dass er im Falle der Beauftragung eine entsprechende Erhöhung der genannten Haftungssummen bzw. der Abschluss einer entsprechenden Versicherung vornimmt,

- e) er nicht zu einer Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister verpflichtet ist ODER er in einem Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist, und zwar unter der Nummer

bei folgendem Register (Bezeichnung, Ort):

und

- f) er den Auftraggeber unverzüglich informiere(n) und gegebenenfalls aktualisierte Eigenerklärungen sowie ggf. Nachweise abgeben werde(n), falls sich während des weiteren Verfahrens (vor oder nach Angebotsabgabe) Änderungen an den von ihm vorstehend erklärten Sachverhalten oder anderen für ihn erkennbar relevanten Voraussetzungen für eine Zuschlagserteilung ergeben.

Hinweise des Auftraggebers:

- *Sofern der Nachunternehmer/Dritte in der Vergangenheit Verstöße gegen Vorschriften begangen hat, die insbesondere gegen die Gesetzestreue und Zuverlässigkeit sprechen, mittlerweile jedoch geeignete Maßnahmen zur sog. Selbstreinigung im Sinne des § 125 GWB getroffen hat, so sind die Nachweise **gemeinsam mit** dem Angebot einzureichen.*
- *Sind zu dem jeweiligen Punkt keine Erklärungen/Nachweise in dem vorgegebenen Feld bzw. auf einem Beiblatt beigefügt, gilt jeweils die Erklärung bis zum Wort „ODER“ (in Großbuchstaben) als abgegeben.*

V. Erklärung des Nachunternehmers/Dritten zur Bereitstellung der erforderlichen Mittel an den Hauptunternehmer im Falle der Zuschlagserteilung

Der Dritte erklärt: Mir/Uns ist bekannt, dass sich der oben genannte Bieter hinsichtlich seiner Eignung auf meine/unsere Kenntnisse, Fähigkeiten, Ressourcen oder andere Mittel beruft. Hiermit erkläre(n) ich/wir, dass ich/wir dem Bieter im Falle der Zuschlagserteilung die in Ziff. III. beschriebene Leistung zur Verfügung stellen werde(n). Ich/wir bin/sind durch den Bieter ausreichend über den Auftrag in Kenntnis gesetzt worden.

VI. Einfache digitale Signatur (Angabe des Erklärenden) des Nachunternehmers/Dritten für die vorstehende Erklärung

_____	_____
Ort, Datum	Angabe des Erklärenden, ggf. Firmenstempel

	ggf. Name in Druckschrift

Teil C: Vorgaben für den Vertrag

Der Bieter ist verpflichtet,

- *mit seinem Angebot den von ihm vorgesehenen Vertrag bzw. das Vertragswerk vollständig und vollständig ausgefüllt vorzulegen und dabei*
- *die Formblätter (d. h. die Vergabeunterlagen mit Ausnahme der Vergabebedingungen) als Vertragsanlagen mit Vorrang gegenüber allen übrigen Teilen des Vertrages zu Grunde zu legen; weitere Vertragsbedingungen neben den insbesondere in der Leistungsbeschreibung vorgegebenen vertraglichen Regelungen sind möglich, dürfen von diesen Vorgaben aber nicht abweichen. Abweichende Vorgaben sind unwirksam und werden nicht angewandt.*

Der Bieter erklärt durch Abgabe des Angebots, dass diese Vorgaben lt. Anlage 3 – SLA EVB – IT für sein Angebot und den Vertrag gelten.

Teil D: Leistungsbeschreibung (Anlage 2 zum Vertrag)

I. Leistungsempfänger, Leitbild

1. Auftraggeber ILM-Kreis-Kliniken Arnstadt-Ilmenau gGmbH, weitere Leistungsempfänger

Als Plankrankenhaus des Freistaates Thüringen mit 373 Planbetten gem. § 108 SGB V an den zwei Standorten Arnstadt und Ilmenau beschäftigen die ILM-Kreis-Kliniken über 800 Mitarbeiter und versorgen circa 21.000 stationäre Patienten. Auch die ambulante Versorgung, circa 40.000 Patienten jährlich, gehört zu den Aufgaben des Auftraggebers. Es ist sichergestellt, dass neueste Behandlungsmethoden und Geräte in allen Fachrichtungen eine zeitgemäße Diagnostik und Therapie erlauben. Als weiterer Empfänger von Leistungen ist die MVZ Ilmenau GmbH, eine Tochtergesellschaft des Auftraggebers, in die Leistung einbezogen. Weitere Gesellschaften, an denen sich der Auftraggeber im Laufe des Vergabeverfahrens oder des Vertrages beteiligt, können als Option des Auftraggebers einbezogen werden. Folgende Fachbereiche werden vom Auftraggeber derzeit zusammen mit der genannten Tochtergesellschaft abgedeckt:

- Innere Medizin
- Orthopädie und Unfallchirurgie
- Allgemein- und Viszeralchirurgie
- Gefäßchirurgie
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- Kinder und Jugendmedizin
- Urologie
- Hals-Nasen-Ohrenheilkunde
- Anästhesie und Intensiv & Schmerzmedizin
- Palliativmedizin
- Radiologie
- Laboratoriumsmedizin
- Suchtmedizin

2. Leitbild des Auftraggebers

Die Aufgabe der Mitarbeiter der Ilm-Kreis-Kliniken Arnstadt-Ilmenau gGmbH ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung in der Region auf der Grundlage der neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse.

Der Patient steht im Mittelpunkt unserer täglichen Arbeit. Seine individuelle medizinische Versorgung und Betreuung ist unsere wichtigste Aufgabe. Wir begegnen dem Patienten mit persönlicher Zuwendung, Freundlichkeit und Aufmerksamkeit.

In unseren Häusern schaffen wir eine Atmosphäre des Vertrauens, der Sicherheit und Geborgenheit.

Die Zusammenarbeit aller Fach- und Berufsgruppen dient dem Patienten und stärkt unser Zusammengehörigkeitsgefühl.

Durch regelmäßige und aktive Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen erzielen wir höchste Kompetenz.

Die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen Partnern, Ärzten und Gesundheitseinrichtungen sichert die Erfüllung unserer Aufgabe.

Durch kontinuierliche Verbesserung unserer Arbeit und das persönliche Verantwortungsbewusstsein unserer Mitarbeiter erreichen wir unser Ziel, die Sicherung und Weiterentwicklung der Leistungsqualität in unseren Kliniken.

II. Verbrauchsdaten

Die Ilm-Kreis-Kliniken betreiben zur Versorgung des oben aufgeführten klinischen Spektrums an den Standorten Arnstadt und Ilmenau jeweils ein Klinikum.

Es soll ein Patienten- und Zuweiserportal zur Digitalisierung der Prozesse im Aufnahme- und Behandlungsmanagement mit notwendigen Funktionalitäten, wie im Leistungsverzeichnis gefordert, incl. aller zugehörigen Dienstleistungen (Schulungen, Parametrisierungen, Inbetriebnahme, Abnahme, Wartung/Pflege, ect.) eingeführt werden.

Wir erwarten durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit bei der Einführung des Patienten- und Zuweiserportals eine Optimierung der Arbeitsabläufe im Behandlungsprozess und eine Erleichterung der vollständigen Dokumentation aller Behandlungsvorgänge, um den wachsenden Qualitätsanforderungen Rechnung zu tragen.

Als Vertragsgegenstand gelten die Lieferung und ggf. Installationsleistungen entsprechend der Leistungsbeschreibung (Teil E: Anlage 1). Ergänzend zu den hierin festgelegten Bedingungen gelten die EVB-IT für den Kauf und Inbetriebnahme von Hardware.

III. Leistungsorte, Vertrag, Leistungen

1. Leistungsort

Leistungsorte sind die Standorte des Auftraggebers:

Ilm-Kreis-Kliniken Arnstadt-Ilmenau gGmbH
Standort Arnstadt
Bärwinkelstraße 33, 99310 Arnstadt

Ilm-Kreis-Kliniken Arnstadt-Ilmenau gGmbH
Standort Ilmenau
Krankenhausstraße 26, 98693 Ilmenau

2. Laufzeit

Die Bedingungen hierfür entnehmen Sie der Leistungsbeschreibung (Teil E, Anlage 1)

Das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt beiden Vertragspartnern vorbehalten.

Bei Verzögerung der Vergabe kann der Leistungszeitraum durch den Auftraggeber einseitig angepasst werden.

3. Weitere vertragliche Regelungen

Die Formblätter (d. h. die Vergabeunterlagen mit Ausnahme der Vergabebedingungen) haben als Vertragsanlagen, wie in der Rangfolge in den Vergabeunterlagen bezeichnet, Vorrang gegenüber allen übrigen Teilen des Vertrages. Weitere Vertragsbedingungen sind möglich, dürfen von diesen Vorgaben aber nicht abweichen und sind nachrangig.

Der Auftraggeber behält sich vor, eigenständige Verträge mit Dritten abzuschließen, jedenfalls für Lieferanten und für Produkte, die nicht beim Auftragnehmer gelistet sind.

4. Preis

Die Preise gemäß Formblätter Teil E – Anlage 2 beinhalten alle Nebenkosten sowie Lieferungs- / Installations- sowie IT- und Beratungsleistungen bei der Umstellung auf das System des Auftragnehmers.

Teil E: Leistungsverzeichnis

Anlage 1: Leistungs- und Funktionalitätsumfang und IT-technische Anforderungen der Neuausstattung

In der Anlage 1 (Leistungsverzeichnis) sind alle notwendigen Ausstattungsbestandteile und Funktionsanforderungen mit den technischen IT-Mindestanforderungen der Einzelkomponenten aufgeführt.

Der Bewertung dieser Leistungskriterien geht mit einer Wichtung von 50% in die Zuschlagskriterien ein.

Anlage 2: Preisblatt

Bitte sehen Sie hierzu die gesonderte EXCEL-Unterlage Preisblatt und reichen Sie diese ausgefüllt mit dem Angebot ein.

Die Preise müssen alle Nebenkosten beinhalten sowie Kosten für eine evtl. erforderliche Übernahme von Geschäftsanteilen sowie Beratungsleistungen bei der Umstellung auf das System des Auftragnehmers.

Der Gesamtpreis geht mit einer Wichtung von 50% in die Zuschlagskriterien ein.

Teil F: Einfache digitale Signatur (Angabe des Erklärenden) für das gesamte Angebot

Hinweis: Wird das Angebot nicht an dieser Stelle oder durch gesonderte Erklärung auf der Plattform mit einer einfachen digitalen Signatur versehen, gilt es als nicht abgegeben. Die Signatur gilt im Zweifel für alle mit dieser Unterlage eingereichten Bestandteile des Angebots. Der Bieter bestätigt damit gleichzeitig die Geltung möglicherweise nicht eingereicherter Teile der Vergabeunterlagen.

Name des Bieters / ersten Mitglieds der Bietergemeinschaft	
Ort, Datum	Angabe des Erklärenden/Unterschrift, Stempel
ggf.: Name des weiteren Mitglieds der Bietergemeinschaft	
Ort, Datum	Angabe des Erklärenden/Unterschrift, Stempel
ggf.: Name des weiteren Mitglieds der Bietergemeinschaft	
Ort, Datum	Angabe des Erklärenden/Unterschrift, Stempel

(bei weiteren Mitgliedern bitte elektronisch ergänzen)

* * *